

Mia Lindemann

## Die Brüder Remmele und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Nordbaden

Die Brüder Adam (1877–1951) und Hermann Remmele (1880–1939)<sup>1</sup> repräsentierten die beiden Flügel der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Ihr Konflikt wird in diesem Beitrag auf dem Hintergrund unterschiedlicher Organisationserfahrungen im Rhein-Neckar-Raum beschrieben, in dem sie bis 1919 aktiv waren. Die Arbeiterbewegung war hier sehr unterschiedlich ausgeprägt. Einfluss auf die Entwicklung der Brüder hatten möglicherweise auch ihre unterschiedlichen Berufsperspektiven – auf der einen Seite ein sterbendes Gewerbe, das zur Anpassung zwang, und auf der anderen Seite ein Arbeitsplatz in der Metallindustrie, Träger der hochindustriellen Entwicklung. Beide jedoch machten ihren Weg in politische Führungspositionen.

Peter Remmele kam als junger Müller aus Heiligkreuzsteinach nach Altneudorf und arbeitete bei Johann Daub, dem Müller von Altneudorf, als Hilfskraft. Er heiratete die älteste Müllerstochter 1877, sie war 19 und er 27 Jahre alt. Das junge Paar wohnte offenbar im Elternhaus von Katharina.

Mit ihrem am 26. Dezember 1877 geborenen Sohn Adam machten sie sich 1878 oder 1879 auf den Weg nach Durlach, wo Peter Remmele eine neue Stelle gefunden hatte. Mit den Söhnen Adam und Peter Remmele jun., der im März 1879 in Durlach zur Welt gekommen war, zogen sie 1879/1880 nach Ziegelhausen. Dort wurde am 5. November 1880 der dritte Sohn Hermann geboren. Möglicherweise hatte Katharina Remmele dort Verwandte, denn es gab einige Daubs in Ziegelhausen. Vor allem aber hatte Ziegelhausen damals viele kleine Mühlen, die Arbeitsgelegenheiten boten. Allerdings waren die kleinen Mühlen im Niedergang, nach und nach wurden sie in Werkstätten, Wäschereien und Wohnungen umgewandelt.<sup>2</sup> Adam Remmele stellte später diesen Prozess zusammen mit einer ausführlichen Enquete über die Arbeitsbedingungen der Mühlenarbeiter dar: „Seit dem Jahre 1891 hat sich im Müllereigewerbe ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Das Großkapital hat sich in der Mühlenindustrie sehr engagiert. Die Verdrängung des systematischen durch das automatische Vermahlungssystem, wie man letzteres jetzt in den Großmühlen vorfindet, hat am wesentlichsten mit zu dem Umschwung beigetragen. Die kleinen Bach- und Windmühlen, deren Besitzer auch zumeist kapital schwach sind, können der Konkurrenz, welche durch die modern eingerichteten Großmühlen hervorgerufen wird, nicht standhalten. [...] Selbst, wenn die Arbeiter in den Kleinmühlen gehalten wären Tag und Nacht ohne Unterbrechung zu



Geburtshaus Adam Remmeles in Altneudorf  
(Foto: Klaus J. Becker)

arbeiten, könnte das den wirtschaftlichen Niedergang, in dem sich die Kleinmühlen befinden, nicht aufhalten.“<sup>3</sup>

Auch Ziegelhausen hatte die Familie anscheinend bald wieder verlassen. 1882 war sie wieder in Altneudorf, dort wurde Tochter Anna geboren, 1884 kam in Budenheim im Großherzogtum Hessen der jüngste Sohn Karl auf die Welt. 1885 schließlich zog die Familie nach Ludwigshafen.<sup>4</sup> Dort arbeitete der Vater in der Presshefen- und Spiritfabrik als Müller. 1891 starb er mit nur 41 Jahren an einem Lungenleiden.<sup>5</sup>

## Ziegelhausen

Was für ein Ort ist Ziegelhausen um diese Zeit, am Ausgang des 19. Jahrhunderts? Die geografische Lage – das enge Tal, die steilen Berghänge – hinderte es daran, Bauerndorf zu sein, schon 1832 wohnten dort mehrheitlich Tagelöhner.<sup>6</sup> 1900 machten die Lohnarbeiterhaushalte 52,7 % der Haushalte aus.<sup>7</sup> Die landwirtschaftlich genutzten Flächen waren klein und nicht von guter Bodenqualität, 50 % der Haushalte hatten gar keine Landnutzung. Von den Lohnarbeiterhaushalten bewirtschafteten rund 30 % etwas Land „zur Deckung des eigenen Bedarfs an Kartoffeln und Gartengewächsen“. Die Flächen der Lohnarbeiterhaushalte hatten durchschnittlich 0,52 ha, die der Selbständigen 1,25 ha (1895).

In Ziegelhausen herrschte Gewerbetätigkeit vor. Es war eine gewerblich-industrielle und Arbeiterwohngemeinde. Hier wuschen die Frauen die Wäsche für das Bürgertum von Mannheim und Heidelberg. In den Kleinbetrieben waren zur Hälfte unselbständige Wäscherinnen und Büglerinnen beschäftigt. Gewerkschaftlicher Organisation waren sie nicht zugänglich. Eine mögliche Erklärung dafür mag der geringe soziale Abstand zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmerin sein, den Kleemann beschrieb, und das patriarchalische (oder matriarchalische) Arbeitsverhältnis,<sup>8</sup> allerdings fanden insgesamt die Arbeiterinnen in den Gewerkschaften nicht ihren Platz.

Mehr als die Hälfte der Haushaltsvorstände der Wäschereien waren in anderen Berufen tätig: Landwirte bzw. Handwerker, Gastwirte, Kaufleute oder kleine Beamte, knapp 30 % waren unselbständige Arbeiter. Ökonomisch lohnte sich diese Arbeit offenbar mehr als die niedrig entlohnte Arbeit in der Zigarrenfabrik Pfeiffer, in der über 100 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt waren.

Wo arbeiteten die Männer? Es gab einige Handwerksbetriebe für den örtlichen Bedarf. Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts wurden in Ziegelhausen auch Steinmetzarbeiten für Heidelberg und Mannheim gemacht. Es gab noch einige Steinhauer. Der zweitgrößte Betrieb (nach der Zigarrenfabrik) war seit 1888 die Gelatinefabrik auf dem Gelände der alten Bärenbachmühle. 1902 beschäftigte sie 37 Arbeiter und 30 Arbeiterinnen. Schließlich ist noch die Ziegelei Kühner mit 47 Arbeitsplätzen (1902) zu nennen und die Gerberei im Haarlaß; die Möbelfabrik Burkardt (mit 10 – 15 Beschäftigten) wurde 1909 nach Heidelberg verlegt.<sup>9</sup> Jedoch zählte man im Jahr 1900 auch 209 Männer, die auswärts arbeiten gingen. Das Ortsbereisungsprotokoll von 1906 berichtete von 300 auswärts Arbeitenden und erwähnte sogar, wohin sie gingen: zur Fuchschens Waggonfabrik nach Rohrbach und zur Zementfabrik nach Leimen. Aus Orts-

bereisungsprotokollen der 20er Jahre wissen wir, dass sie später sogar zu Lanz nach Mannheim und zur BASF nach Ludwigshafen pendelten.<sup>10</sup>

Der Rhein-Neckar-Raum<sup>11</sup> war in dieser Zeit ein wirtschaftlich und sozial(kulturell) zusammenhängender Raum. Die institutionell-politischen Beziehungen waren durch die Landesgrenze zwischen dem Großherzogtum Baden und der bayrischen Pfalz getrennt. Die Dynamik ging von der rasch wachsenden Stadt Mannheim als Verkehrs-, Handels- und Industriemetropole aus und nahm die Umgebung ein Stück weit mit. Zahlreiche Bauhandwerker und Beschäftigte des Holz- und metallverarbeitenden Gewerbes waren durch rasch wachsende Städte und Gemeinden und den Ausbau der Infrastruktur, wie etwa der Eisenbahn, beschäftigt. Ganz besonders viele Arbeitsplätze – vor allem für Frauen – boten im Amtsbezirk die Zigarrenfabriken. Die Betriebe wurden wegen billigerer Bodenpreise und wegen des Arbeitskräftepotentials auf dem Lande angesiedelt, wo die Realteilung die bäuerliche Bevölkerung zu zusätzlichem Erwerb zwang. So ließ die Zigarrenindustrie in großem Umfang in den Amtsbezirken Schwetzingen, Hockenheim, Heidelberg und Mannheim auf dem Land produzieren. Die Löhne waren dort niedriger als in der Stadt. Die Arbeiterfamilien hatten oft eine zusammengesetzte ökonomische Basis. Für die Tabakarbeiterfamilien von Reilingen und Hockenheim zeigte Clemens Zimmermann, dass die eigentliche Lebensbasis ihrer „Dualökonomie“ das Lohneinkommen war. Auch Friedrich Wörishoffer, badischer Fabrikinspektor, berichtete 1889 von dieser zusammengesetzten Ökonomie der Tabakarbeiterfamilien.<sup>12</sup> In der Forschung gilt dieser Typus des ländlichen, besser: „landnutzenden“ Arbeiters als entscheidend für die Organisationsprobleme der Sozialdemokratie in Baden. Dabei gab es Unterschiede zwischen den Gemeinden in der Nähe der industriellen Zentren und Gemeinden, die weiter davon entfernt lagen. Der Industrialisierungsgrad des jeweiligen Zentrums selbst spielte offenbar eine große Rolle.

### **Die Arbeitergemeinden bei Heidelberg**

Zu den ausgeprägten Arbeiterwohngemeinden und gewerblich-industriellen Orten des Heidelberger Amtsbezirks gehörten nach der Berufszählung von 1895 Ziegelhausen, Peterstal und Schönau (Lederfabrik) im Bereich Neckartal/Odenwald; Sandhausen, Leimen, Nußloch, St. Ilgen, Eppelheim, Kirchheim im Rheintal. Regelrechte Tabakarbeiterinnendörfer waren Nußloch, St. Ilgen und Sandhausen.<sup>13</sup> Doch auch Kirchheim, Rohrbach und Leimen hatten eine Reihe von Tabakfabriken, und nicht zuletzt Heidelberg selbst. Dort stieg die Zahl der Arbeitsplätze in der Tabakindustrie – wohl aus logistischen Gründen – noch an. Zu den gemischt agrarischen, aber auch stark gewerblich geprägten Gemeinden gehörten Dossenheim, Wieblingen, Rohrbach, Bammental und Mauer. Zusammen mit den Städten Heidelberg und Neckargemünd stellten sie bereits über 80 % der Bevölkerung des Amtsbezirks, und sie wuchsen meist noch gegenüber den vielen kleinen Gemeinden mit überwiegend landwirtschaftlicher Betätigung. Die Zahl der Betriebe mit weniger als 1 ha überwog.<sup>14</sup>

In Heidelberg selbst wohnte 1895, vor den Eingemeindungen von Handschuhsheim (1903), Wieblingen, Kirchheim (beide 1920) und Rohrbach (1927) nur ein kleiner Teil der Arbeiter des Bezirks. Anfang des 20. Jahrhunderts pendelten über 2.200 Arbeiter nach

Heidelberg zur Arbeit ein.<sup>15</sup> Andererseits pendelten um 1910 630 Arbeiter, die in Heidelberg wohnten, zur Fuchsschen Waggonfabrik, die 1902 von Heidelberg nach Rohrbach verlegt worden war.<sup>16</sup>

Die Fuchssche Waggonfabrik und die Heidelberger Portland-Cement-Fabrik, seit 1895 in Leimen, waren die beiden größten Betriebe bei Heidelberg. Beide waren ursprünglich in Heidelberg selbst gelegen und dann, auch zum Zweck ihrer Expansion, aus Heidelberg herausverlagert worden. Sie waren von der Struktur ihrer Arbeiterschaft her grundverschieden. 1887 bestand die Arbeiterschaft der Zementfabrik „von wenigen Facharbeitern abgesehen, nur aus Tagelöhnern.“<sup>17</sup> In der Zementfabrik und den zugehörigen Steinbrüchen in Nußloch wurde sehr schwer gearbeitet auf unterschiedlichen und sich wandelnden technischen Rationalisierungsniveaus, es waren also mindestens angelernte Arbeiter. Die Arbeitsplätze gingen rationalisierungsbedingt zwischen 1899 und 1910 von rund 1100 auf 638 zurück. Es herrschte hohe Fluktuation, die Firmenleitung warb auch Arbeiter aus dem Ausland an, und Direktor Friedrich Schott suchte sozialdemokratische gewerkschaftliche Organisierung mit allen Mitteln zu verhindern. Das zeittypische patriarchalische „Mittel“ sowohl gegen hohe Fluktuation als auch gegen sozialdemokratische Organisierung war die Gründung von „Wohlfahrts-einrichtungen“.<sup>18</sup> Dennoch meldete das Heidelberger Gewerkschaftskartell 1905, es sei gelungen, dass die Arbeiter des Portlandzementwerks sich mit einer „stattliche(n) Mitgliederzahl“ in einer eigenen Verwaltungsstelle des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes in Leimen organisieren würden; wir wissen allerdings nicht, was aus diesem Organisationserfolg geworden ist.<sup>19</sup> Immerhin fällt dieses Ereignis in eine Zeit besonders hoher Erfolge der Leimener SPD bei Wahlen. Streiks konnte die Firma bis 1914 verhindern. 1913 konfrontierte die SPD-Fraktion im Leimener Bürgerausschuss den Firmenpatriarch Friedrich Schott mit der Forderung, endlich den Arbeitern das Koalitionsrecht

№	Zu- und Vorname	Geburtsort	Arb. an Beschäftigung	Wohnort	...
1	Adolf Schmid	Heidelberg	...	Heidelberg	...
2	Anton Schmid	Heidelberg	...	Heidelberg	...
3	...	...	...	...	...
4	...	...	...	...	...
5	...	...	...	...	...
6	...	...	...	...	...
7	...	...	...	...	...
8	...	...	...	...	...
9	...	...	...	...	...
10	...	...	...	...	...
11	...	...	...	...	...
12	...	...	...	...	...
13	...	...	...	...	...
14	...	...	...	...	...
15	...	...	...	...	...
16	...	...	...	...	...
17	...	...	...	...	...
18	...	...	...	...	...
19	...	...	...	...	...
20	...	...	...	...	...
21	...	...	...	...	...
22	...	...	...	...	...
23	...	...	...	...	...
24	...	...	...	...	...
25	...	...	...	...	...
26	...	...	...	...	...
27	...	...	...	...	...
28	...	...	...	...	...
29	...	...	...	...	...
30	...	...	...	...	...
31	...	...	...	...	...
32	...	...	...	...	...
33	...	...	...	...	...
34	...	...	...	...	...
35	...	...	...	...	...
36	...	...	...	...	...
37	...	...	...	...	...
38	...	...	...	...	...
39	...	...	...	...	...
40	...	...	...	...	...
41	...	...	...	...	...
42	...	...	...	...	...
43	...	...	...	...	...
44	...	...	...	...	...
45	...	...	...	...	...
46	...	...	...	...	...
47	...	...	...	...	...
48	...	...	...	...	...
49	...	...	...	...	...
50	...	...	...	...	...

Verzeichnis der Beschäftigten der Waggonfabrik Fuchs 1919 (Foto: STAHL)

zu gewähren. Dessen Antwort war: „wer in seinem Betrieb sich nicht unterordne, der komme heraus.“<sup>20</sup>

Anders die Fuchssche Waggonfabrik, die einen relativ großen Anteil von handwerklich gelernten Facharbeitern aufwies.<sup>21</sup> Diese organisierten sich nach und nach in den freien Gewerkschaften. Hinweise auf Streiks in der Fuchsschen Waggonfabrik finden wir z.B. 1905 im Jahresbericht des Gewerkschaftskartells Heidelberg (rund 90 % der „Schmiede Kirchheims“, gemeint waren die Schmiede der Waggonfabrik, waren organisiert). Auch die Jahresberichte der Ortsverwaltungsstelle Mannheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) enthalten Hinweise auf Tarifrunden bei Fuchs, da die Heidelberger Verwaltungsstelle 1907 mit der Mannheimer fusioniert hatte.<sup>22</sup> Weitere gut freigewerkschaftlich organisierte Betriebe der Metallindustrie waren in Heidelberg die Schnellpresse (Hamm AG), C. Maquet (Krankenhausbedarf) und Beierbach (Braueremaschinen).

Die Jahresberichte des DMV enthalten jeweils Angaben über die Verteilung ihrer Mitglieder auf die Orte der Verwaltungsstelle Mannheim.<sup>23</sup> So wird deutlich, wo die sozialdemokratisch organisierten Metallfacharbeiter z.B. im Jahr 1913 überwiegend wohnten: In Mannheim selbst und dessen eingemeindeten Vororten wohnten knapp 4000<sup>24</sup>, in Heidelberg 238, in Rohrbach/Kirchheim 157, in Leimen 25, in Ziegelhausen 35. Zugleich wird auch deutlich, dass es große Unterschiede in der Struktur der Arbeiterschaft zwischen den Gemeinden gab. Die Metallfacharbeiter wohnten (1910) offenbar eher in Heidelberg, bzw. in Rohrbach und Kirchheim, während die Arbeiter der Zementfabrik im Jahr 1900 zu 41 % aus Leimen kamen, zu 13 % aus Kirchheim, zu 11 % aus Nußloch und ansonsten aus anderen Orten überwiegend des Amtsbezirks Heidelberg.<sup>25</sup>

Der Jahresbericht des Gewerkschaftskartells für Heidelberg und Umgegend listete für 1905 die Organisationsgrade verschiedener Berufe auf, wobei die räumliche Erfassung der „berufsbeschäftigten Arbeiter“ leider unklar ist. Außer den traditionell stark organisierten Heidelberger Buchdruckern war auch das Baugewerbe teilweise hoch organisiert. In diesem Jahr hatten die Maurer einen 20-wöchigen Arbeitskampf geführt, der mit einem Tarifvertrag für Heidelberg, Eppelheim<sup>26</sup>, Kirchheim, Rohrbach und Ziegelhausen endete. Beteiligt war dabei auch der Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter. Die Gipser und Stuckateure kämpften ebenso wie die Maurer erfolgreich für einen 10-stündigen Arbeitstag. Darüber hinaus wurden Tarifbewegungen der Brauer und der Tapeziergehilfen dokumentiert. Schließlich organisierten sich im Jahr 1905 auch die Arbeiter der Tapetenfabrik in Bammental, die sich erfolgreich gegen Repressionen ihrer Direktion wehrten. Dagegen waren Tabakarbeiterinnen und Tabakarbeiter sehr schlecht organisiert. Weder der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband noch die christlichen Gewerkschaften, die aber insgesamt mehr Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen organisierten, konnten wirklich Fuß fassen.<sup>27</sup>

## **Die Arbeiterbewegung im Zentrum und in der Region**

Mannheim hatte als badische Hochburg der Sozialdemokratie großen Einfluss in der Region. Hier war der Sitz des badischen Parteivorstands und der für Nordbaden wichtigsten sozialdemokratischen Zeitung „Volksstimme“. Abonnenten der Zeitung waren

in vielen Orten der Region, auch in den Arbeiterwohnorten bei Heidelberg ansässig. Zum sozialdemokratischen Arbeitersekretariat in Mannheim kamen nicht nur zahlreiche Arbeiter aus Ludwigshafen, sondern auch aus dem Heidelberger Raum. Bis hin zu Ziegelhausen ließen sich Arbeiter und Arbeiterinnen in Mannheim beraten, wobei auch das seit 1904 bestehende Heidelberger Arbeitersekretariat „enormen Zulauf“ hatte.<sup>28</sup> Sozialdemokratische Kandidaten für die Reichstagswahlen im 12. Reichstagswahlkreis Heidelberg-Eberbach-Mosbach kamen – bis auf Philipp A. Rüdts – aus Mannheim (August Dreesbach, Wilhelm Hänslers, Georg Pfeiffle).

Reichstagswahlergebnisse sind sicherlich ein Indikator für die Stärke der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, obwohl das Wahlrecht, das (eingeschränkt) allgemein, geheim und unmittelbar war, nur für Männer ab 25 Jahren, nicht für Frauen galt. Schauen wir die Wahlergebnisse<sup>29</sup> für Nordbaden an, so fallen die Unterschiede zwischen dem industrialisierten 11. badischen Reichstagswahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwetzingen und dem kleinbäuerlichen und katholischen 14. Reichstagswahlkreis Buchen-Tauberbischofsheim-Wertheim ins Auge: der erstere war die sozialdemokratische Hochburg im Großherzogtum Baden, der letztere noch weit unangefochtener in der Hand der Zentrumsparterie; hier kam die SPD auf maximal 6,5 % (1912). Der – überwiegend evangelische – 12. Reichstagswahlkreis (Eberbach-Heidelberg-Mosbach) lag in der Mitte. Hier siegten fast durchweg die Nationalliberalen, die SPD holte jedoch zwischen 1890 und 1912 auf und erreichte (1912) 28,9 %. Zum Vergleich: im 11. Reichstagswahlkreis kam Ludwig Frank für die SPD in demselben Jahr auf 55,2 %.

Betrachtet man die Wahlergebnisse auf Gemeindeebene<sup>30</sup>, so wird deutlich, dass in den Städten Heidelberg und Neckargemünd, aber auch in den gewerblich-industriell geprägten Gemeinden Schönau, Ziegelhausen, Bammental im Neckartal/Odenwald sowie – im Rheintal – in Nußloch, Sandhausen, Leimen, Rohrbach, Kirchheim und Wieblingen zunehmend ab 1890 sozialdemokratisch gewählt wurde. Im überwiegend katholischen Dorf Ziegelhausen wurden die Wahlkämpfe immer heftiger geführt, bis 1912 bei einer Wahlbeteiligung von 92,3 % erstmals die SPD das Zentrum überflügelte. Insgesamt spielte das Zentrum nur in den wenigen katholischen Dörfern des Amtsbezirks eine Rolle. Die SPD erreichte die absolute Mehrheit erstmals 1903 in Leimen, 1907 kam Kirchheim dazu, 1912 Rohrbach und Eppelheim, während die SPD in Leimen, Nußloch und Bammental einen erheblichen Rückgang einstecken musste. Es steht noch aus, die Ursachen im Einzelnen zu erforschen.

Für das Wählerverhalten<sup>31</sup> spielte zwar offensichtlich die Konfession eine Rolle, aber entscheidend waren letztlich die Erfahrungen der Industrialisierung und die Nähe zu den sozialdemokratisch bewegten Zentren, das Einbezogenensein in diese Bewegung z.B. durch die Berufspendelei<sup>32</sup>, die Kommunikation der Arbeiter untereinander und schließlich die Agitation durch Sozialdemokraten.

Die Arbeiterbewegung bildete sich in der Heidelberger Umgebung verspätet und weniger kräftig als in Mannheim aus. Dennoch war sie vernehmbar vorhanden. Das ist auch an der Präsenz der SPD in Bürgerversammlungen (in Heidelberg seit 1906, in Mannheim seit 1878) und Gemeinderäten zu sehen. 1907 hatte die SPD in Kirchheim nicht nur fast alle Sitze in der 3. Klasse der Niederstbesteuerten gewonnen, sondern auch

noch fünf in der 2. Klasse. In Ziegelhausen konnte die SPD – wie in Leimen und in Wieblingen – die Hälfte der Gemeindeverordnetensitze in der 3. Klasse einnehmen. Ziegelhausen und Wieblingen hatten darüber hinaus sechs Gemeinderäte, Kirchheim acht.<sup>33</sup> Entsprechend wurden die sozialdemokratischen Vereine in Mannheim eher als die der Heidelberger Gegend gegründet, und ihre Mitgliederzahl war höher. Mannheim hatte 1906 2164 Parteimitglieder, die Mannheimer Mitgliedschaft umfasste damit 1/4 bis 1/3 der gesamten badischen Mitgliedschaft.<sup>34</sup> Heidelberg hatte Ende 1907 280 Mitglieder. In den Arbeitergemeinden der Heidelberger Umgebung waren es jeweils unter 100, nur Kirchheim hatte 115.<sup>35</sup>

Sozialdemokratische Arbeitergesangsvereine und Arbeitersportvereine schossen aus dem Boden. Im Rückblick auf die Gründung des Arbeitergesangsvereins Ziegelhausen schrieb Hans Müller: „In den Jahren 1907 – 1910, als die hiesigen freigewerkschaftlichen und sozialistischen Arbeiter einen beachtlichen Aufstieg zu verzeichnen hatten, waren auch die Feiern am 1. Mai bedeutende Willenskundgebungen zur sozialistischen Idee.“ Eines jedoch habe gefehlt: die Kunst. So habe man die Bitte an die Liedertafel gerichtet, am 1. Mai aufzutreten, zumal viele Sozialdemokraten Mitglieder der Liedertafel waren. Aber die Liedertafel lehnte ab. So kam es zur Gründung des Arbeitergesangsvereins Ziegelhausen 1911. Besondere Triebkraft sei die sozialistische Jugend gewesen, die sich im Gründungslokal zum Neckartal zusammenfand.<sup>36</sup> Überall verbreitet waren auch Ortsgruppen des Arbeiterradfahrerbundes Solidarität, die sich insbesondere dem Kunstradfahren verschrieben.

### **Adam Remmele**

Nach dem Tod ihres Mannes ernährte Katharina Remmele in Ludwigshafen ihre Familie mit der Aufnahme von Kostgängern. Adam erlernte das Müllerhandwerk wie sein Vater, ebenfalls in der Presshefe- und Spiritusfabrik in Ludwigshafen, und trat 1894 dem Verband Deutscher Müllergesellen bei (ab 1907 Verband der Mühlenarbeiter), 1894 (oder 1896) auch der SPD. In Adam Remmeles Rückblick „Wie es einst war!“ von 1930 ist zu lesen: „Ludwigshafen am Rhein war die Stätte meiner Einführung in die sozialistische Arbeiterbewegung. Arbeitskollegen hatten mich schon in ihren politischen Kreis gezogen, ehe ich als Siebzehnjähriger meine berufliche Wanderschaft durch die süddeutschen Lande antrat.“ Mit 13 Jahren hatte er seine Lehre begonnen (1891), danach ging er drei Jahre auf Wanderschaft. „Wenige Jahre später“, schreibt Adam Remmele weiter, „ist Ludwigshafen wieder der Platz meiner Berufstätigkeit. Meine Gewerkschaft hatte mich als ehrenamtlichen Gauleiter für das ganze Rheingebiet eingesetzt. War an den Samstagen die Arbeit zu Ende, dann ging es in der Regel auf die Reise, hinauf und hinab die Lande zur Agitation. An den Montagen früh 6 Uhr stand ich gleichwohl bei der Arbeit, denn wehe, wenn diese nicht pünktlich angetreten und richtig ausgeführt wurde. Es gab zu jener Zeit so etwas wie ‚Schwarze Listen‘, und mehr wie einmal musste mir ein Unternehmer, in einigen Fällen sogar gegen den eigenen Willen, den Laufpass geben, wenn es deren Standesverbände für ratsam hielten, mich außer Brot zu setzen. Noch waren ja von diesen die Gewerkschaften nicht als Interessenvertretungen für die Arbeiter anerkannt. [...] Mit 21 Jahren stand ich somit im Berufsverband mit an vorderster

Position; aber auch im Gewerkschaftskartell und in der Partei hatte ich jetzt schon manch ein arbeitsreiches Ehrenamt auszufüllen.“<sup>37</sup> Ein Foto des Verbandstags des Müllerverbands 1901 in Heilbronn zeigt den selbstbewussten jungen Adam Remmele neben dem Verbandsvorsitzenden Hermann Käppler. Selbstbewusst war er mit Recht: Im gleichen Jahr waren in Ludwigshafen von 180 Mühlenarbeitern 135, also 3/4 organisiert, hingegen nur ca. 10 % der 3000 Metallarbeiter am Ort. Adam Remmele war von 1900 bis 1903 Vorsitzender des Ludwigshafener Gewerkschaftskartells, und er leitete den obengenannten Verbandstag der Müller zusammen mit Käppler.<sup>38</sup>

1901 verheiratete er sich mit Rosine Philippine Dilger, der Tochter eines Schreinermeisters aus Ludwigshafen. Sie wohnten zunächst bei Adams Mutter. 1901 und 1903 kamen Anna und Wilhelm auf die Welt, die Söhne Kurt und Rudolf wurden 1911 und 1916 geboren.<sup>39</sup>

Innerhalb der pfälzischen Sozialdemokratie war Adam Remmele ein Ziehsohn von Franz Josef Ehrhart, einem der Repräsentanten des süddeutschen Reformismus. Adam Remmele engagierte sich für die Durchsetzung der sozialdemokratischen Linie gegen die bürgerliche Vorherrschaft in den Konsumgenossenschaften und rückte 1902 bis 1905 zum Mitglied des Aufsichtsrats der Konsumvereine Ludwigshafen auf.<sup>40</sup> Mitte 1903 wurde er mit Unterstützung Ehrharts Leiter des städtischen Arbeitsamtes in Ludwigshafen – allerdings „mit der Auflage, sich jeglicher politischer Agitation zu enthalten“. Erst jetzt endete seine berufliche Tätigkeit als Müller.<sup>41</sup> 1905 bereits verließ Remmele das städtische Arbeitsamt Ludwigshafen und wurde Sekretär beim Vorstand des Müllerverbandes in Altenburg, Sachsen-Altenburg. Er arbeitete eng mit Hermann Käppler zusammen. Auf dem Mainzer Verbandstag 1907 wurde er zum 2. Vorsitzenden des Verbands der Mühlenarbeiter Deutschlands gewählt.<sup>42</sup> Zugleich war er 1906 SPD-Parteivorsitzender in Sachsen-Altenburg und organisierte dort den Reichstagswahlkampf für 1907. Aufschlussreich ist eine Tagebucheintragung Adam Remmeles über seine Begegnung mit der Parteilinken auf der Internationalen sozialistischen Konfe-



Adam Remmele auf dem Verbandstag des Müllerverbandes in Heilbronn 1901, links am Tisch neben dem Vorsitzenden Käppler (aus: Becker/Hilbrandt 2014)



renz 1907 in Stuttgart: „Die gemäßigte (!) Richtung in der Partei hat wesentlich Oberhand bekommen, noch 4 – 6 Jahre braucht es, dann werden die „Radikalen“ so ziemlich ausgespielt haben. Kautzky(!), Ledebour, Wurm und Frau Luxemburg machten auf mich einen bitterbösen Eindruck. Nichts als Wortephrasen steckt hinter diesen Leuten. Wie anders treten David, Vollmar, und die Führer der Gewerkschaften auf. Sachlich ernst und mit dem Rüstzeug objektiver Untersuchungen.“<sup>43</sup>

Ende des Jahres 1907 bewarb er sich bei der Volksstimme in Mannheim als Redakteur und wurde dort einstimmig gewählt. Auch wählte ihn der Mannheimer Brauerei- und Mühlenarbeiterverband zum Vorsitzenden. Dieses Amt bekleidete er von 1908 bis 1912.<sup>44</sup> Damit war er innerhalb der Volksstimme für Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zuständig.<sup>45</sup> Es wird deutlich, dass er die heftigen Arbeitskämpfe in Mannheim in dieser Zeit kritisierte und mit seinen Kollegen – Oskar Geck war Chefredakteur der Volksstimme – nicht bereit war, die innergewerkschaftliche Opposition von Seiten der Zeitung aus zu unterstützen.<sup>46</sup> Der Konflikt wirkte sich in der Mannheimer Parteiorganisation aus: „Von der ‚Volksstimme‘ ward in solchen Fällen verlangt, dass sie unter Missachtung der statutarischen Streikvorschriften der Gewerkschaften die Anschauungen der gewerkschaftlichen Opposition verfechten solle. Das war natürlich nicht zu machen, worauf es dann in den Parteiversammlungen mitunter recht lebhaft Unterhaltungen über die Haltung der ‚Volksstimme‘ gab.“

Adam Remmele bewarb sich um ein Landtagsmandat für Eppingen-Sinsheim im Wahlkampf 1909, das er aber aufgrund der badischen Großblockpolitik trotz seines Wahlsiegs an den nationalliberalen Konkurrenten abgeben musste. Erfolgreicher wurde die Kandidatur für den Bürgerausschuss und als Stadtrat bei den Kommunalwahlen Mannheim 1911.<sup>47</sup> Außerdem engagierte er sich wiederum in der Genossenschaftsbewegung und war Vorsitzender des Konsumvereins. Auf lange Sicht zog er die Parlamentsarbeit und kommunale Politik der Karriere in Partei und Gewerkschaft vor.

## **Hermann Remmele**

Adams jüngerer Bruder Hermann machte ab 1894 eine Lehre als Eisendreher in der Gießerei der Gebr. Sulzer, heute Halberg, in Ludwigshafen. Er trat 1897 dem DMV und der SPD bei. 1898 ging er auf Wanderschaft und leistete 1901 bis 1903 Militärdienst in Baden ab. Dort soll er illegale Agitation für die SPD betrieben haben.<sup>48</sup> Danach kehrte er nach Ludwigshafen zurück und heiratete dort Anna Lauer. 1907 wurde die Tochter Hedwig geboren, 1910 Sohn Helmut. Die Familie wohnte seit 11. September 1909 in Mannheim, Lenaustr. 63, seit Juli 1911 in der Verschaffeltstraße. Während Adam Remmele mit seinen Kindern 1909 aus der evangelischen Kirche aus- und den Freireligiösen beitrug,<sup>49</sup> war zu dieser Zeit Hermann bereits religionslos, wie die Meldekarte ausweist. Hermann Remmele arbeitete wohl bis zum Kriegsbeginn 1914 als Eisendreher, dann wurde er eingezogen.

Die Kurzbiographien berichten, dass er von 1901 bis 1914 ehrenamtlicher Bevollmächtigter des DMV Mannheim, Darmstadt und Offenbach bzw. Vorstandsmitglied dort gewesen sei.<sup>50</sup> Wahrscheinlich war er Mitglied eines ehrenamtlichen Vorstands und Delegierter auf gewerkschaftlichen Versammlungen der bezirklichen und lokalen Ebenen.

## Sozialistische Jugend

Hermann Remmele trat erstmals als politischer Aktivist im Verband junger Arbeiter in Erscheinung, den Ludwig Frank 1904 in Mannheim gegründet hatte.<sup>51</sup> Der Chronist des Verbandes, Karl Korn, schrieb: Der Verband junger Arbeiter und Arbeiterinnen konnte „auch in den Vororten Mannheims und in den Arbeiterdörfern der Umgegend Abteilungen auf tun, sowie in Heidelberg einen Bruderverein ins Leben rufen, der auch dort auf benachbarte Orte übergriff.“<sup>52</sup> Am 6. Mai 1906 fand in Heidelberg eine Gaukonferenz des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands statt. Um diese Zeit hatte die Mannheimer Gruppe 400, die Heidelberger Gruppe 65 Mitglieder. Auch in Leimen war eine Gruppe gegründet worden. Unter der Leitung von Ludwig Frank wurde eine eigene Zeitschrift „Die junge Garde“ herausgegeben. Die Organisation war in der Partei nicht unumstritten. Als sie 1908 aufgrund des reichsweiten Verbots politischer Betätigung für Jugendliche unter 18 Jahren sich selbst auflöste, kam sie damit dem rechten Flügel, gerade auch den Gewerkschaften entgegen, denen die Selbständigkeit der Organisation suspekt war.

Im August 1907 fand eine internationale sozialistische Jugendkonferenz in Stuttgart statt, an der Hermann Remmele als Delegierter der sozialistischen Jugend Offenbach<sup>53</sup> teilgenommen haben soll. Er habe dort als Sekretär von Karl Liebknecht fungiert, der diese Konferenz leitete.<sup>54</sup> Es ist wahrscheinlich, dass Hermann Remmele mit Karl Liebknecht bereits auf der Mannheimer Generalversammlung des Süddeutschen Verbandes der Arbeiterjugend am 30. September 1906<sup>55</sup> in Kontakt gekommen war. Karl Korn berichtete, dass Liebknecht für seine Rede gegen den Militarismus in Stuttgart, die er ähnlich in Mannheim gehalten hatte, in Festungshaft ging, was große Erregung in der Jugendbewegung auslöste. 1908 erschien in diesem Zusammenhang ein Artikel von Hermann Remmele in der renommierten „Neue(n) Zeit“, dem theoretischen Organ der deutschen Sozialdemokratie, das auch international eine führende Rolle spielte und von Karl Kautsky herausgegeben wurde. Wenn Hermann Remmele in so jungem Alter in der Neuen Zeit publizierte, musste er starke Förderer gehabt



SPD-Parteischule 1907 (aus: Becker/Hildebrandt 2014)

haben; sowohl Ludwig Frank als auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg könnten ihn so gefördert haben, denn er besuchte von Oktober 1907 bis März 1908 die Reichsparteischule der SPD, als Rosa Luxemburg dort Dozentin war.

Hermann Remmele forderte in seinem Artikel „Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung in Deutschland“ Partei und Gewerkschaften auf, sich der Bildungsaufgabe zu stellen und organisatorisch umzusetzen. Ziele waren die politische Bildung – Kenntnis der sozialdemokratischen Bewegung, Internationalismus und Antimilitarismus, das

Erlernen „sittlicher Eigenschaften“ – Solidarität, demokratische Gesinnung, Disziplin, Selbstbewusstsein, Opferwilligkeit – und „die Verbreitung allgemeinen Wissens“ – Vorträge, Verbreitung guter Schriften, Pflege des Kunstsinns, literarische Abende, Theaterabende, Museumsbesuche usw.<sup>56</sup> 1908 wurde in Mannheim ein sozialdemokratischer Jugendbildungsausschuss gegründet, in dem Hermann Remmele mitarbeitete. Vorsitzender war Hermann Merkel, der „der ‚antirevisionistischen‘ Richtung“ angehörte.<sup>57</sup> Merkel und Hermann Remmele traten in den nächsten Jahren gemeinsam als Sprecher bzw. Organisatoren der badischen innerparteilichen Opposition auf.

### Innerparteiliche Opposition

Die innerparteiliche badische Opposition stand auf der Seite der reichsweiten Parteimehrheit den badischen Reformisten und sogenannten Revisionisten gegenüber. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Budgetbewilligung im badischen Landtag durch die sozialdemokratische Fraktion. Die führenden badischen Sozialdemokraten (Ludwig Frank, Wilhelm Kolb) verwiesen grundsätzlich auf die liberalere Tradition und Verfasstheit des badischen Staates gegenüber Preußen. Die badischen Sozialdemokraten hatten früh in den Parlamenten mitgearbeitet und eine starke Verankerung in den Gemeindevertretungen (Dreiklassenwahlrecht), die weit über dem Niveau der Gesamtpartei lag.<sup>58</sup> Die Beteiligung an Kommunal- und Landtagswahlen (Ständekammern) und Reichstagswahlen brachte es mit sich, dass man Bündnisse mit anderen – bürgerlichen – Parteien einging. Waren noch bis zur Reform des Landtagswahlrechts von 1904 die Nationalliberalen als „Regierungspartei“ der Hauptfeind gewesen, verbündeten sich die badischen Sozialdemokraten nun mit den Liberalen gegen das allzu starke Zentrum, das von der katholischen Bevölkerung, Bauern und auch Arbeitern gewählt wurde. Die Großblockpolitik, Bündnisse mit den regierenden Nationalliberalen, war der zweite Stein des Anstoßes in der Gesamtpartei. Die badischen Genossen wurden sogar mit dem Parteiausschluss bedroht.

Die innerparteiliche badische Opposition forderte – wie die Gesamtpartei – von der Landtagsfraktion ein Ende der Großblockpolitik. Die Rheinauer Genossen forderten eine Ablehnung jedes Wahlkompromisses auf dem Offenburger Parteitag der badischen Sozialdemokratie von 1909, denn „von den bürgerlichen Parteien, sowohl von den Nationalliberalen wie vom Zentrum haben wir nichts zu erwarten.“<sup>59</sup> Die Gegenrede hielt Adam Remmele.

1910 war unter den Delegierten des badischen Parteitags erstmals neben Adam Remmele und Hermann Merkel auch Hermann Remmele ver-



Die Brüder Peter, Hermann und Adam Remmele in Berlin 1910 (aus: Becker / Hildebrandt 2014)

treten. Merkel versuchte neuerlich eine Resolution durchzusetzen, die sich gegen den Revisionismus der Landtagsfraktion wandte, gegen die Budgetzustimmung und „Hofgänge einzelner Genossen“. Der Antrag wurde mit 133 gegen 45 Stimmen abgelehnt.<sup>60</sup>

Nach diesem Parteitag organisierte sich die Parteiopposition in Mannheim, Rheinau und Karlsruhe in „Karl-Marx-Clubs“. Hermann Remmele bat den Nestor der badischen Sozialdemokratie und Offenburger Landtagsabgeordneten Adolf Geck<sup>61</sup> um Unterstützung bei der Sammlung der Oppositionellen. Systematisch sollte deren Basis erweitert werden. Dazu stützte er sich auf das städtische Organisationsprinzip der Partei und des DMV: Ein Netz von betrieblichen und stadtteilbezogenen Vertrauensleuten sollte die Ideen der Opposition bis in den letzten Winkel der Arbeiterviertel bringen.

Zum Treffen der Opposition in Mannheim kamen Gewerkschaftssekretäre der Schmiede, der Transportarbeiter, der Bauarbeiter und Gemeindearbeiter sowie Fritz Ripp, der Bezirksleiter der Arbeiterradfahrer und andere populäre Parteigenossen, u.a. Ludwig Seizinger. Vor allem die Bauhandwerker und Hafendarbeiter, schrieb Remmele, seien gut in der Partei organisiert. In der größten Gewerkschaft, der Metallarbeiter, seien beide Richtungen stark vertreten. Auch die Vertrauensleute der großen Betriebe (Lanz, Benz, BBC), gehörten „zum größten Teil zu uns“. Es sollten möglichst oft Redner der Opposition auf Versammlungen auftreten und Delegiertenwahlen abgesprochen werden. Für die anstehenden Kreistagswahlen wurde mit dem Parteivorstand eine Liste ausgehandelt, auf der sowohl Hermann Merkel als auch Adam Remmele standen. Beide zogen in den Kreistag ein. Die Karl-Marx-Clubs existierten nur etwa ein 3/4 Jahr. Auf dem Parteitag in Offenburg 1911, mit Unterstützung des Berliner Parteivorstands (Friedrich Ebert), wurden sie durch Parteitagsbeschluss untersagt.

Drangen die Ideen der Opposition bis in die Arbeitergemeinden des Heidelberger Amtsbezirks vor? Vermutlich wenigstens in die Kreise der sozialdemokratisch organisierten Metallarbeiter, denn der DMV war übergreifend organisiert, – und möglicherweise spielten auch die Arbeitersportvereine dabei eine Rolle. Fast jede der Arbeitergemeinden hatte eine Ortsgruppe des Arbeiterradfahrersolidaritätsbundes. Fritz Ripp als einer der Sprecher der Opposition war Bezirksleiter der Arbeiterradfahrer. Eine Episode am Rande (aus dem Jahr 1909), die ihm und dem Bezirksleiter der Freien Turner eine geringe Strafe einbrachte, war ein nicht angemeldeter Ausflug auf eine Wiese bei Altneudorf. Das gemeinsame Essen, die (Schalmeien-)Musik der Radfahrer und die Kunststücke der Turner lockten einen Teil der Altneudorfer Bevölkerung herbei (vor allem die Jungen seien gekommen), so dass ein großer Auflauf entstand.<sup>62</sup> Man beobachtete, dass keine großen Reden gehalten wurden, sondern miteinander geredet und gegessen wurde.

Hermann Remmele trat durch weitere Beiträge in der „Neuen Zeit“ in Erscheinung. 1914 erschien „Der Bankrott der badischen Großblockpolitik“. Tatsächlich war in den letzten Jahren vor dem Krieg die Großblockpolitik an der „Polarisierung entlang den Klassenfronten, (der) Neubelebung des Kartells von Schwerindustrie und Großgrundbesitz und der Sammlungspolitik sowie verstärkte(r) Tendenz zur präventiven Konterrevolution“ gescheitert.<sup>63</sup> Auch im kleinen Baden wandten sich die Nationalliberalen von der SPD ab, so dass die Fortsetzung dieser Politik im Prinzip nicht mehr möglich war.

## Gründung der USPD und Novemberrevolution

Die Zustimmung zu den Kriegskrediten und die Burgfriedenspolitik von SPD und freien Gewerkschaften führten zu einer anwachsenden Opposition in der Partei. Hier versammelten sich weit über die frühere Parteioption hinaus Genossen der Parteimitte, Bernstein und Kautsky, Haase, aber auch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.<sup>64</sup> Vor allem auf der Basis der Ablehnung der Kriegskredite und des Annexionismus gründeten sie eine gemeinsame Partei, die USPD.

Während sich im Krieg Adam Remmele als Stadtrat wie als Redakteur um Ernährungsfragen und gerechte Verteilung kümmerte, wurde Hermann Remmele eingezogen. Während eines Urlaubs 1916 soll er die Opposition erneut gesammelt haben. In Heidelberg waren solche Strömungen zumindest den Behörden nicht bekannt. Das Bezirksamt meldete, alles sei ruhig.<sup>65</sup> Die Opposition in Mannheim hingegen schickte Hermann Remmele und Ludwig Seizinger zum Gründungsparteitag der USPD im April 1917 nach Gotha.

Als Redner dort nahm Hermann Remmele Stellung zur Debatte um die Demokratisierung der Organisation (Trennung von Amt und Mandat) und zum Verhältnis von Partei und revolutionärer Aktion. „Von Seiten der Stuttgarter Genossen wurde gefordert, dass die Führer die Aktionen einleiten sollen. Sie wissen aber, wie die Verhältnisse sind. Auf solche Weise werden keine Aktionen gemacht. Aktionen müssen aus den Massen herauskommen. Sie können nicht von oben gemacht werden.“ Auch der Dezentralisierung redet er das Wort („[...] dass in einzelnen Orten eine besondere Taktik befolgt werden muß“).<sup>66</sup>

Am 16. Mai 1917 meldete die Leipziger Volkszeitung – jedoch nicht die Volksstimme Mannheim –, dass auf einer Versammlung mit 600 Arbeitern die Mannheimer Wahlkreisorganisation der USPD gegründet worden sei.<sup>67</sup> Hunderte von Arbeitern laufen den „Durchhaltern“ davon, heißt es in der Leipziger Volkszeitung. In der Versammlung selbst seien 200 übergetreten. Hermann Remmele meldete die neue Partei als „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, Wahlkreisverein für den 11. badischen Reichstagswahlkreis“ beim Mannheimer Bezirksamt an.<sup>68</sup> Nach seiner Rückkehr aus dem Krieg übernahm er provisorisch die Aufgabe eines Parteisekretärs der badischen USP und leitete den Wahlkampf zur badischen Nationalversammlung im Januar 1919.<sup>69</sup>

Der Krieg hatte ihn davon abgehalten, an den wachsenden Streikbewegungen während des Krieges in Mannheim Teil zu haben. Beim großen Mannheim-Ludwigshafener Streik Ende Januar, Anfang Februar 1918, als die materiellen Forderungen der ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen mit politischen Forderungen nach Frieden ohne Annexionen und nach Demokratisierung des Staates zusammenflossen, standen andere Genossen der USP im Vordergrund, insbesondere der Schmied Johann Brümmer.<sup>70</sup> 15.000 Arbeiter der Rüstungsindustrie waren hier im Ausstand.

Zu Beginn des Januarstreiks wurden ein 50-köpfiger Ausschuss und ein 12-köpfiger Aktionsausschuss gewählt, der aus beiden sozialdemokratischen Parteien und beiden Städten paritätisch zusammengesetzt waren. Die paritätische Zusammensetzung durch beide sozialdemokratischen Parteien erfolgte dann auch bei der revolutionären

Gründung des 70-köpfigen Arbeiter- und Soldatenrats Mannheim im November 1918. Dies entsprach der Bedeutung der USP in der Mannheimer Arbeiterbewegung und war ein Ausdruck revolutionärer Macht der Arbeiterbewegung.

In den Vollzugsausschuss des Arbeiterrats, der aus drei Genossen der USP und aus drei Genossen der Mehrheitssozialdemokratie (SPD) bestand, wurden zunächst der Metallarbeiter Adolf Schwarz (USP) und Lagerhalter Magnus Dorner (SPD) als Vorsitzende gewählt. Nachdem Adolf Schwarz aber als Minister in das Kabinett der vorläufigen Volksregierung berufen wurde, rückte Hermann Remmele am 10. November in den Vollzugsausschuss nach.

Wir wissen nicht, ob Adam Remmele ebenfalls Mitglied des Mannheimer Arbeiterrats war, es ist aber stark anzunehmen. Er war kurze Zeit beim Landsturm in Lahr gewesen und hatte dort eine mäßigende Rolle zwischen Soldaten und Offizieren innegehabt. Dann war er nach Mannheim gerufen worden, wo er nötiger gebraucht werde.<sup>71</sup>

Dass auch die Revolution in Heidelberg<sup>72</sup> zunächst eine Massenbewegung war, bezeugen die Erinnerungen von Christian Stock, dem Arbeitersekretär. Er sorgte dafür, zusammen mit dem Soldaten Theo Hansen<sup>73</sup> und dem Parteisekretär Emil Maier, dass die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrats unter der Leitung der alten sozialdemokratischen Partei vonstatten ging. Die Vollversammlung des Rats beschloss am 16. November, dass in allen Orten (gemeint ist vermutlich der Amtsbezirk) Arbeiter- und Bauernräte gewählt werden sollten, die je einen Delegierten zum großen Rat nach Heidelberg schicken sollten.<sup>74</sup> Außerdem war den bürgerlichen Parteien unmittelbar nach der Gründung erlaubt worden, Delegierte in den Arbeiter- und Soldatenrat Heidelberg zu entsenden, der sich auch alsbald in „Volksrat“ umbenannte (im Gegensatz zum Arbeiterrat Mannheim). So gehörten dem Volksrat Heidelberg für die Nationalliberalen Prof. Thoma und Direktor Dorn an, für die FVP Prof. Max Weber und Dr. Guido Leser, für das Zentrum der Landtagsabgeordnete und christliche Gewerkschaftssekretär Gustav Hartmann.

Leider ist die Bildung und Tätigkeit von Arbeiterräten in den kleineren Industrieorten noch nicht erforscht, die Quellenlage ist dürftig. Generell sollten überall Räte gewählt werden – wir wissen, dass dies im Amtsbezirk Eberbach weitgehend geschah. Geringe Anhaltspunkte über Räte im Heidelberger Amtsbezirk haben wir in Bezug auf Bammental, Eppelheim, Leimen und Rohrbach.

Die Bildung der Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte war ein revolutionärer Akt der Machtverschiebung hin zur aktiven sozialdemokratischen Arbeiterschaft – und damit verbanden sich dann auch alle Versprechen, die in der Arbeiterbewegung mit der Übernahme der politischen Herrschaft verbunden worden waren. Und hier teilten sich die Auffassungen: Sollte die Übernahme der politischen Macht genutzt werden, um die bisher Verantwortlichen in Militär und Verwaltungen abzusetzen und eine grundlegende Demokratisierung durchzusetzen, die in der Sozialisierung aller grundlegenden Industrien und Banken eine Basis bekam? Oder war das Ziel die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, deren politischen Entscheidungsprozessen der soziale Fortschritt anvertraut werden sollte? Für die Parteiführung der SPD war das keine Frage.<sup>75</sup>

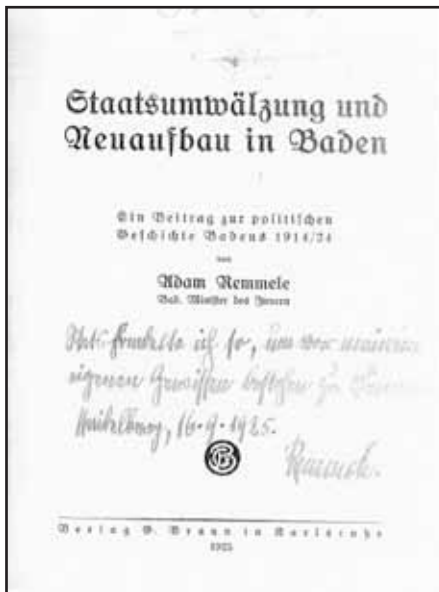
Die Räte wurden in der Realität für die Tagesaufgaben vor allem als „Hilfsorgane der Verwaltungen“ (Horst Dähn) funktionalisiert. Es ging um Lebensmittelbeschaffung, Integration der heimkehrenden Soldaten, Rückgabe der Arbeitsplätze von den Frauen an die Männer, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Mangel an Energie- und Rohstoffen u.v.a. Die grundsätzlichen Diskussionen fanden in den regionalen Versammlungen der Räte statt.

### **Hermann und Adam Remmele in der Rätebewegung**

Auf der ersten Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Badens in Mannheim am 21. und 22. November 1918 wurde die rasche Wahl der badischen verfassunggebenden Nationalversammlung am 5. Januar 1919 bestätigt. Hermann Remmele protestierte gegen den allzu frühen Wahltermin zur Nationalversammlung, gegen die Benachteiligung der USP, gegen Einschränkungen der Befugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte und die Ausarbeitung der Verfassung durch Juristen der vier großen Parteien unter Ausschluss der USP.<sup>76</sup> Der Mannheimer Reichstagsabgeordnete Oskar Geck warnte vor der Sozialisierung (viel zu früh), während Ludwig Marum, der Vertreter der vorläufigen Volksregierung, die Sozialisierung von Wasser und Elektrizität sowie des Großgrundbesitzes als unbedingt notwendig bezeichnete. Zur Kontrolle der Regierung wurde ein elfköpfiger Landesausschuss der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt, in den sowohl Hermann als auch Adam Remmele einzogen. Dieser wählte wiederum die dreiköpfige Landeszentrale, bestehend aus Adam Remmele, Emil Maier und Eduard Kluge (Pforzheim), drei Mehrheitssozialdemokraten, die die vorläufige Volksregierung, die aus SPD, Zentrum und DDP bestand, kontrollieren sollten. Bei der Frage, wo sie ansässig sein solle, argumentierte Hermann Remmele, sie müsse in Mannheim ansässig sein, denn: „Es war in Baden das revolutionäre Proletariat, das die Revolution vorbereitet und durchgeführt hat [...], nicht in Tagen, sondern in Jahren.“ Deshalb sei Mannheim das „zutreffende Milieu“.<sup>77</sup> Die Landeszentrale sollte jedoch in der Nähe der Regierung sein, in Karlsruhe. Emil Maier und Adam Remmele nahmen fortan an den Kabinettsitzungen teil. Die Landesversammlung erklärte sich zum „Vorparlament der freien Volksrepublik“ (nicht der sozialistischen Republik, wie das der Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat getan hatte).

Die weiterreichenden Forderungen der Richtlinien der USPD zur ersten Landesversammlung<sup>78</sup> wurden nicht diskutiert: nicht die Forderungen nach unentgeltlicher Gesundheitspflege, Rechtspflege, Bildung, Trennung von Staat und Kirche, Beseitigung des konfessionellen Religionsunterrichts; die Unterordnung der Banken und Börsen unter ein Finanzamt, das den Räten verantwortlich sei, Ausbau der Mitbestimmung in den Betrieben über Art und Weise der Produktion, Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Finanzgebaren der Betriebe, Einrichtung von Arbeitskammern und vieles andere mehr. Alles wurde auf die Erarbeitung der Verfassung durch Vertreter sämtlicher großer Parteien abgeschoben.

Die Landeszentrale erarbeitete eine Richtlinie<sup>79</sup> für die Räte, in der die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution gegen reaktionäre und gegenrevolutionäre Bewegungen als erste Aufgabe der Räte bezeichnet wurde, als zweite die Unterstützung



Adam Remmele: Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden. Exemplar der Universitätsbibliothek Heidelberg mit persönlicher Widmung (Foto: Mia Lindemann)

der vorläufigen Volksregierung, drittens die Mitwirkung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung, viertens die Kontrolle der Regierung und der Vollzugsgewalten des Landes und der Gemeinden, aber gleichzeitig wurde den Räten jeder Eingriff in die Verwaltung untersagt. Das führte teilweise zu Konflikten, wenn z.B. die Räte bei der Beschlagnahme von gehamsterten Gütern oder bei Wohnungskonfiskationen schärfer vorgehen.

Nach der Berliner Rätekonferenz vom 16. bis 21. Dezember 1918, auf der die USPD und der linke Teil der Arbeiterräte eine Niederlage erlitten und die reichsweite Nationalversammlung auf den 19. Januar 1919 festgesetzt wurde, trafen sich die badischen Räte zur zweiten Landesversammlung am 27. Dezember 1918 in Durlach.<sup>80</sup> Diesmal hielt Adam Remmele das einleitende Referat über die Tätigkeit des elfköpfigen Landesausschusses und der

Landeszentrale. Dabei ging es um die Kontrolle der Bezirksamter durch die Räte und auch um die Zusammensetzung der Arbeiterräte. Gegen die Beschwerde, sie seien einseitig zusammengesetzt, setzte Adam Remmele, „dass die Arbeiter und Soldaten, die die Revolution gemacht haben, den maßgebenden Einfluß behalten, sie müssen das Heft in der Hand behalten [...]. In den Städten bleibt der Vollzugsausschuss homogen, daneben finden die Plenarversammlungen statt, in denen Vertreter aller Stände und Berufe teilnehmen können.“ Am Ende seiner Rede ging Adam Remmele auf den Vorwurf ein, „wir in Baden hätten die Revolution anders gemacht als in Preußen oder Sachsen.“ In Baden, argumentierte er, seien doch „ganz andere Verhältnisse vorhanden als im Norden“; „es sei nur an das Wahlrecht, an die Selbstverwaltung der Gemeinden erinnert: auch das Verfassungsleben ist ein ganz anderes. Wenn einmal geprüft werden wird, wo die Arbeiter besser gefahren sind, im Norden oder bei uns, dann werden wir im Süden die Rechnung nicht zu scheuen haben.“

Auf diese Äußerung seines Bruders bezog sich Hermann Remmele mit einer scharfen Kritik in der Diskussion: er wandte sich „gegen das Loblied, das der badischen Revolution gesungen worden sei; die Revolution sei keine badische, sondern eine soziale und Weltrevolution. Bereits aber treten die alten bürokratischen Einrichtungen wieder in Erscheinung, langsam tauchen die alten Gewalten wieder auf. Der Militarismus, den wir beseitigt glaubten, besteht heute noch; das sah man bei der Besetzung der neutralen Zone, da hat einfach die Oberste Heeresleitung bestimmt, wie viele Truppen an die einzelnen Plätze kommen. Es muss aufgeräumt werden mit diesen Nebenregie-



rungen; das Volk muss ein Mitbestimmungsrecht haben.“ Hermann Remmele bezog sich damit auf einen Vorgang in Mannheim, wo auf Veranlassung der OHL ein Bataillon des 110. Infanterieregiments am 17. Dezember eingezogen war, ohne dass der örtliche Arbeiterrat darüber informiert worden war.

Mit diesem abweisenden, grundsätzlichen Statement von Hermann Remmele, auf das am Ende der Konferenz sein Bruder noch einmal mit einer Verteidigung der Erfolge der Revolution antwortete, vollzog er auch innerhalb der Räteinstitutionen öffentlich den Bruch mit der Politik der Mehrheitssozialdemokraten, mit der Politik seines Bruders.

Die Vorgänge in Berlin, der Schulterschluss Eberts mit der OHL, der Einsatz von Truppen gegen die Matrosen im Berliner Stadtschloss, all das wird Hermann Remmele bewogen haben. Er hatte kein Vertrauen mehr darein, dass die Mehrheitssozialdemokratie für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen wollte. So wie einerseits von Adam Remmele und Emil Maier die Räte angewiesen wurden, sich nicht in die Verwaltung einzumischen, waren andererseits die Gemeinde- und Bezirksverwaltungen auch nicht bereit dazu, die eigenen Kompetenzen abzugeben.<sup>81</sup> Darüber hinaus waren SPD und USP im Herbst 1918 in Baden mit einer enormen gegenrevolutionären Kampagne bürgerlicher Zeitungen, vor allem aber auch des Zentrums, konfrontiert.

Die Wahlen zur badischen (verfassunggebenden) „Nationalversammlung“ am 5. Januar 1919 gingen für die SPD in Baden mit einer Niederlage gegenüber dem Zentrum aus (32,1 % gegen 36,6 %); für die USP mit einer verheerenden Niederlage (1,5 %). Sie trat in Baden zur reichsweiten Wahl der Nationalversammlung am 19. Januar 1919 nicht mehr an. Klar zeigte sich, wie sehr die Arbeiterbewegung sich auf die wenigen industriellen Zentren im Land beschränkte. In Mannheim errang die SPD (bei einer Wahlbeteiligung von 88,7 %) 50,6 % der Stimmen, die USP 4,9 %.

Die SPD kam in Heidelberg auf unterdurchschnittliche 30,1 %, die USP auf 1,5 %. In den Arbeitergemeinden bei Heidelberg sah es anders aus: bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 91,7 % erreichte die SPD durchschnittlich 51,4 %. Im Geburtsort von Adam Remmele, Altneudorf, kam die SPD gar auf 88,2 % – bei einer Wahlbeteiligung von 80,9 %. Auch in Wilhelmsfeld hatte die SPD bereits seit 1912 die Mehrheit. In Ziegelhausen, Nußloch und Sandhausen errangen bei sehr hoher Wahlbeteiligung nach der SPD auch Zentrum und DDP beträchtliche Wähleranteile. In Kirchheim, Bammental, Leimen und Eppelheim lagen die Anteile der SPD am höchsten (zwischen 66,4 und 55,5 %). Die USP-Stimmen lagen zwischen 0,4 und 1,5 %.

Bei den durchweg hohen Prozentzahlen der Beteiligung an den Januarwahlen 1919 ist festzustellen, dass die erstmalige Beteiligung der Frauen an den Wahlen die Wahlbeteiligung hob, auch wenn sicherlich ein entscheidender Impuls die Entscheidung darüber war, wer denn nun – nach der revolutionären Machtübernahme – die parlamentarische Macht haben sollte. Umso drastischer fielen der Rückgang der Wahlbeteiligung und auch der Rückgang der Stimmen für die SPD bei den Kommunalwahlen im Mai 1919 aus, während die USPD zulegte.

Die Gründe hierfür lagen in einer zunehmenden Radikalisierung der Arbeiter.<sup>82</sup> Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Freikorps-Soldaten,<sup>83</sup> der

Schulterschluss der SPD-Führung mit dem nicht demokratisierten Militär, das Einvernehmen von sozialdemokratischen Regierungen mit bürgerlichen Parteien, die unangetastete Macht des Bürgertums als Arbeitgeber und in den Verwaltungen, die unangetastete Macht des Klerus, das alles führte zu einer Enttäuschungsreaktion gegenüber der SPD. Auf dem linken Flügel der USPD wurde die Sozialisierung als Voraussetzung einer wirklichen Demokratie gesehen, die Sozialisierungsvorhaben gingen aber nicht voran.

In Mannheim hatten die Metallarbeiter Unabhängige Sozialdemokraten in die Leitung des DMV gewählt.<sup>84</sup> Auch Kirchheim war eine „Hochburg“ nicht nur der SPD, sondern auch der USP bei den Kommunalwahlen im Mai 1919. Die USP erreichte dort mit 290 Wählern 15,1 % der abgegebenen Stimmen. Die Arbeiter der Fuchsschen Waggonfabrik waren radikalisiert. Sie zeigten es mit einer spektakulären Aktion am 8. Februar 1919, als sie erst durch Arbeitsniederlegung im eigenen Werk die Wiedereinstellung eines Meisters erzwangen, dann zogen 700 Arbeiter mit einer roten Fahne vor die Leimener Werkstore der Zementfabrik und forderten von Direktor Schott die Rücknahme der Kündigungen von 14 Steinbrucharbeitern. Sie besetzten vorübergehend die Fabrik, verprügelten den Direktor und zwangen ihn, die Kündigungen zurückzunehmen. Am nächsten Tag „trafen sich aus Kreisen der Arbeiterschaft 500 Personen im Lokal „Erbprinz“ in Leimen.“<sup>85</sup> Es wurde eine Kommission beauftragt, den Konflikt mit der Direktion beizulegen; gleichzeitig wurden „Schuld und Verantwortung für die Vorkommnisse Dr. Ehrhart Schott angelastet und gegen die, wie es hieß, jahrelangen Maßnahmen der Direktion gegen das Koalitionsrecht Verwahrung eingelegt.“

Die Radikalität der Arbeiter dürfte zum Entstehen größerer USP-Anhängerschaften vor allem in Kirchheim (290 Stimmen) und Heidelberg (752 Stimmen) bei den Kommunalwahlen im Mai 1919 geführt haben. Es sind zwar in der Kandidatenliste der Heidelberger USP nur sieben Metallfacharbeiter zu finden, aber sie befinden sich überwiegend an der Spitze der Liste.<sup>86</sup>

Auch in Neckargemünd und Ziegelhausen bildeten sich Anhängerschaften der USP heraus, in Ziegelhausen kam sie auf 6,6 % (89 Stimmen), in Neckargemünd auf 9,7 % (105) der Stimmen. Ob diese Stimmen aus den Reihen der pendelnden Industriearbeiter kamen, ist aufgrund der Quellenlage nicht zu belegen, nur zu vermuten.

Die USP warb mit der Kommunalisierung, den Ideen des Munizipalsozialismus, sie knüpfte also an tradierte sozialdemokratische Zielvorstellungen an. Sie war einerseits Protestpartei, andererseits hütete sie das sozialdemokratische Erbe. Dem entsprach ihre soziale Basis. Sie war wie die SPD quasi eine organisierte Vertretung gelernter Arbeiter, hier besonders qualifizierter Metallarbeiter.<sup>87</sup>

Tatsächlich waren auch schon die bekannten führenden Mitglieder der Mannheimer Parteioption Metallfacharbeiter: Hermann Remmele, Fritz Ripp, Ludwig Seizinger waren Dreher, Hermann Merkel Former. Von ihnen tauchten in der USP-Führung Hermann Remmele und Ludwig Seizinger wieder auf, dazu kamen der Dreher Gustav Kühlen, der Spengler Adolf Schwarz und der Schmied Johann Brümmer.

Die USP konnte bis zu den Reichstagswahlen 1920 erheblich zulegen. Die Ergebnisse für Kirchheim und Wieblingen gingen wegen der Eingemeindung im Hei-

delberger Wahlergebnis auf (10,8 % USP). Eppelheim – das Dorf mit dem höchsten Pendleranteil – hatte mit 21 % den höchsten Stimmen-Anteil der USP im Amtsbezirk, Rohrbach 18,8 %, Ziegelhausen 13,5 %. Danach kehrte ein Teil der USP-Anhänger zur alten Partei zurück, der größere Teil wandte sich der KPD zu.

Hermann Remmele hatte nach der Wahlniederlage der USP bei den Wahlen zur badischen verfassunggebenden Versammlung am 5. Januar 1919, nach dem Januaraufstand in Berlin und dessen blutiger Niederschlagung durch Reichswehrtruppen unter dem Befehl des sozialdemokratischen Innenministers Noske und nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht seine Sicht der Dinge geschärft: Der Staat werde mit der Macht des Privateigentums verschwinden, an seine Stelle werde das Rätssystem weltweit treten. Die politische Macht müsse in den Händen des Proletariats liegen, das 80 % des Volkes umfasse. Wahlen und Parlamente seien nur zu benützen, um die Ideen des Proletariats zu propagieren.<sup>88</sup>

Er erhielt heftige Widerrede seines Mannheimer USP-Genossen Adolf Schwarz, der ihm auf der badischen Landeskonferenz der USP am 15./16. Februar 1919 entgegenhielt, dass die Arbeiterschaft nicht geschlossen hinter den Arbeiterräten stünde. „Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dass nur Arbeiterräte vorhanden sein dürfen, muss man auch konsequent sein und sich rückhaltlos zum Bolschewismus bekennen.“<sup>89</sup> Hermann Remmele stand auch in der badischen USP auf dem äußersten linken Flügel; er unterstützte aber nicht den Antrag der USP Durlach, die den Anschluss an die neugegründete KPD forderte.<sup>90</sup> Die junge Partei hielt er für unreif. Am Schluss dieser Debatte trat er noch einmal für das Rätssystem ein, Gesetzgebung und Gesetzausführung müssten in einer Hand liegen. Und in der Tat lobte er die Erfolge der russischen Revolution: Der Bolschewismus habe bewiesen, dass er durch seine Tat dem Sozialismus Geltung verschaffe.<sup>91</sup>

Nur eine gute Woche nach der Landeskonferenz der badischen USP wurde der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner, USPD, ermordet. Erich Mühsam, der an diesem Abend des 21. Februar 1919 eine Rede im vollbesetzten Rosengarten hielt, überbrachte die Nachricht.<sup>92</sup> Auf der Protestkundgebung am nächsten Tag vor Zehntausenden rief Hermann Remmele zur Vollendung der Revolution auf. Der Redner der KPD forderte die Arbeiter dazu auf, den Kampf um die Macht aufzunehmen, sich zu bewaffnen, und die Betriebe in die Hand zu nehmen. Ein Vertreter der Anarchosyndikalisten rief zur unmittelbaren Aktion auf. Es folgte ein spontaner Massenaufstand am 22. Februar, in dem sich vieles vermischte: Aufstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Plünderungen, Bewaffnung. Der von Anhängern der USP, KPD und Anarchisten gegründete Revolutionäre Arbeiterrat proklamierte die politische Macht. Da aber die Unterstützung von außen ausblieb und die Mehrheitssozialdemokraten sich nicht anschlossen (und damit das Gros der Arbeiter), verhandelten Ludwig Seizinger, Mitglied des Vollzugsausschusses des Mannheimer Arbeiterrats und DMV-Sekretär, und Adolf Schwarz noch am Abend des 23. Februar den Rückzug, so dass die Räterepublik zwar proklamiert, aber nicht Realität wurde.<sup>93</sup>

Hermann Remmele, der im Vollzugsausschuss des Arbeiterrats blieb, schrieb in der neugegründeten Zeitung der USP, Tribüne, deren Redaktion er übernommen hatte:

„Wir haben am 22. Februar beim Sturm auf das Schloss gegen die stürmenden Massen angekämpft.“ Andererseits könne man die Menge doch nicht verurteilen, ihre Taten seien Ausfluss jahrzehntelanger Auspressung des Volkes gewesen. Hungersnot und Erbitterung gegen die Staatsautorität führte er als Gründe für ihr Handeln an. Die Ausrufung der Räterepublik bezeichnete er als „Flammenzeichen unbedingt kommender Ereignisse.“ „Die Revolution marschiert!“

Die Niederlage der USP in Baden, vielleicht auch seine eigene Außenseiterrolle, vielleicht auch der Konflikt mit seinem Bruder, der nun Mitglied und Vizepräsident des badischen Landtags war und am 2. April 1919 zum Innenminister gewählt wurde, aber sicherlich auch die Absicht, die Revolution doch noch voranzutreiben, bewogen ihn wohl, eine Stelle als Parteisekretär der USP in Württemberg anzunehmen. Der Meldkarte ist zu entnehmen, dass er sich ab Oktober 1919 allein nach Stuttgart abmeldete, dann mit der ganzen Familie nach Berlin übersiedelte. Er gehörte zunächst der Kontrollkommission der USPD, dann dem ZK an. Seit Juni 1920 war er Reichstagsabgeordneter (bis 1933). Auf dem Spaltungsparteitag der USPD in Halle (Herbst 1920) schloss er sich mit der Mehrheit der USPD der KPD an. Er wurde noch im Dezember 1920 in das ZK der KPD gewählt, dem er bis 1932 angehörte.<sup>94</sup>

Adam Remmele zog mit seiner Familie nach der Wahl zum Innenminister nach Karlsruhe. Er bekleidete während der Weimarer Republik zweimal jeweils für ein Jahr das Amt des badischen Staatspräsidenten und noch das des Kultus- und Justizministers in Baden. Er verteidigte die Republik nach links wie nach rechts, wobei man besondere Härte in der Abwehr nach links beobachtete. Unbeirrt auch von der Hetze der Deutschnationalen beförderte er Emil Julius Gumbel 1930 zum außerordentlichen Professor. Von 1928 – 1933 war er Reichstagsabgeordneter. Dort im Reichstag wurde die Formel von den beiden feindlichen Brüdern geprägt.<sup>95</sup>

## Anmerkungen

- 1 Der Beitrag umfasst den Zeitraum von der Geburt Adam Remmeles 1877 bis zum Wegzug der beiden Brüder aus unserer Region 1919. Die biographischen Daten zur Familiengeschichte nach Günter Wimmer: Adam Remmele, Ubstadt-Weiher 2009.
- 2 Reinhard Hoppe: 750 Jahre Ziegelhausen 1220 – 1970, Heidelberg 1970, S. 79ff. 1895 war der Heidelberger Amtsbezirk mit Abstand der badische Bezirk mit den meisten Mühlenarbeitern (258 Beschäftigte in 39 Betrieben). Beiträge zur Statistik des Gh. Baden, N.F. 11, Tab. 14.
- 3 Die Lage der Mühlenarbeiter Deutschlands. Nach statistischen Erhebungen des Mühlenarbeiterverbandes bearbeitet von A. Remmele, Altenburg 1906, S. 7. 1891 hatten ca. 80 % der Müllergesellen eine Arbeitszeit von täglich 18 Stunden und mehr. Erst 1899 wurde (reichsweit) angeordnet, dass „Arbeiter in Dampfmühlen nur noch höchstens 14, in Mühlen mit vorwiegender Wind- oder Wasserkraft 16 Stunden zu ununterbrochener Arbeitsleistung angehalten werden dürfen“. Ebd., S. 5.
- 4 Wimmer (wie Anm. 1), S. 20.
- 5 Dies wird als Berufsleiden gesehen. Die Lage der Mühlenarbeiter. (wie Anm. 3), S. 12.
- 6 Hoppe (wie Anm. 2), S. 185.
- 7 Diese und die folgenden Daten nach Luise Kleemann: Die Wäschereidörfer Ziegelhausen und Peterthal, Diss. HD 1905, und Ortsbereisung 1906: Generallandesarchiv Karlsruhe (=GLA) 356/ Zugang 1975/25 Nr. 10175.
- 8 Kleemann (wie Anm. 7), S. 32. Jahresbericht des Gewerkschafts-Kartells Heidelberg und Umgegend für das Jahr 1905, hg. von Hermann Bartels i.A. des Gewerkschafts-Kartells (Friedrich-Ebert-Gedenkstätte).

- 9 GLA 356 / Zugang 1969/10 Nr. 434. Gewerbeverzeichnis 1911 Stadtarchiv Heidelberg, VA Ziegelhausen Nr. 9/61.
- 10 Beiträge zur Statistik des Gh. Baden N.F. 14. Heft (Karlsruhe 1905), Tabelle 1a. Ortsbereisungen (wie Anm. 7). Von 433 Industriearbeitern in Ziegelhausen 1925 arbeitete knapp die Hälfte auswärts. Badische Gemeindestatistik, Karlsruhe 1927, Tab. 2.
- 11 Siehe die Beiträge von Martin Krauß und Anja Gillen in: Martin Krauß/Ulrich Nieß (Hgg.): Stadt, Land, Heimat. Beiträge zur Geschichte der Metropolregion Rhein-Neckar im Industriezeitalter, Ubstadt-Weiher 2011. Auch in den Statistischen Mitteilungen über das Land Baden, Heft 1/1922, S. 35, wird hinsichtlich der Metallindustrie vom Industriegebiet Mannheim-Heidelberg gesprochen und definiert: Kreis Mannheim und Amtsbezirk Heidelberg.
- 12 Clemens Zimmermann: „Die Entwicklung hat uns nun einmal in das Erwerbsleben hineingeführt“. Lage, dörflicher Kontext und Mentalität nordbadischer Tabakarbeiter 1880–1930, in Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins (ZGO) 135/N.F. 96, 1987, S. 331. Friedrich Wörishoffer: Die sociale Lage der Cigarrenarbeiter im Großherzogthum Baden. Beilage zum Jahresbericht des gh. bad. Fabrikinspektors für das Jahr 1889. Karlsruhe 1890, S. 105.
- 13 Wörishoffer (wie Anm. 12), S. 34f. Walter Mühlhausen: Christian Stock 1910-1932. Vom Heidelberger Arbeitersekretär zum hessischen Ministerpräsidenten, Heidelberg 1996, S. 27. GLA 356/ Zugg. 7/1969, Nr. 434.
- 14 Beiträge zur Statistik des Gh. Baden N.F. 10. Heft, S. 112f.
- 15 Beiträge zur Statistik des Gh. Baden N.F. 14. Heft (Karlsruhe 1905), Tab. 1a. Zur industriellen Entwicklung Heidelbergs und zur Heidelberger Industriepolitik siehe Hans-Martin Mumm: Heidelberg als Industriestandort um 1900. Zur These von der besonderen Industriefeindlichkeit Heidelbergs, in Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt, Jg.1/1996, S. 37ff., S. 43: Vergleich zwischen Heidelberg und anderen Städten.
- 16 Christmut Präger: Die Fuchssche Waggonfabrik in Heidelberg, ihre Arbeiter und deren Wanderungen zwischen 1882 und 1927, in Krauß/Nieß (wie Anm. 11), S. 143ff., hier S. 155.
- 17 Dietmar Cramer: Entstehung der Zementindustrie zwischen Rhein und Neckar. Arbeitsbedingungen und Herkunft der Zementarbeiter in Heidelberg und Leimen, in Krauß/Nieß (wie Anm. 11), S. 167ff., hier S. 170.
- 18 12 Arbeiterwohnhäuser „für brave und verdiente Arbeiter“ und weitere Werkswohnungen 1900, weitere Siedlungshäuser ab 1908, Kantine, Hallenbad, Festhalle, Sozialkassen. Cramer (wie Anm. 17), S. 175.
- 19 Jahresbericht (wie Anm. 8), S. 7f.
- 20 Dietmar Cramer: Johann Philipp Schifferdecker und Friedrich Schott. Die Anfänge der Baustoffindustrie in Heidelberg, in Peter Blum (Hg.): Pioniere aus Technik und Wirtschaft in Heidelberg, Heidelberg 2000, S. 122ff., hier S. 135.
- 21 Präger (wie Anm. 16), S. 152.
- 22 Geschäftsbericht des DMV, Verwaltungsstelle Mannheim, für 1907, S. 46. Die Organisation verlief bis zum 1. Weltkrieg entlang der Berufsgruppen. Sie bildeten jeweils eigene Organisationen im DMV oder in anderen Branchengewerkschaften.
- 23 Geschäftsbericht des DMV, Verwaltungsstelle Mannheim, für 1913, S. 53.
- 24 Insgesamt waren mehr als 1/3 der badischen freien Gewerkschafter Mannheimer, siehe Peter Brandt/Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19, Sigmaringen 1991, S. 46.
- 25 Präger (wie Anm. 16), S. 155.
- 26 Eppelheim galt lange als Maurerdorf. Hier gab es 1912 sieben Baugeschäfte mit mehr als zehn Arbeitern, davon zwei mit mehr als 50 Arbeitern. Zwei waren Zimmereien. In Eppelheim wohnten zudem immer viele auswärts Arbeitende. (GLA 356/ Zugang 1969/10 Nr. 434).
- 27 Zimmermann (wie Anm. 12), S. 354f. Für Heidelberg und Umgebung wäre das genauer zu erforschen.
- 28 Jahresbericht des Arbeitersekretariats Mannheim 9 (1908), S. 11f. Mühlhausen (wie Anm. 13), S. 29f.
- 29 Carl Wilhelm Reibel: Handbuch der Reichstagswahlen 1890–1918, Düsseldorf 2007. Rückstand der badischen SPD gegenüber den reichsweiten Ergebnissen der SPD bei Jörg Schadt/Wolfgang Schmierer (Hgg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979, S. 320.
- 30 GLA 236/14864-66, 14896, 14904, 14941, 14977, 14994, 15017.

- 31 „In Gemeinden mit sehr hohem Arbeiteranteil in der unmittelbaren Nähe industrieller Zentren konnte die SPD schon vor 1914 außerordentlich hohe Stimmenanteile erreichen, obwohl dort noch viele landbewirtschaftende Arbeiter vorhanden waren. Nur die Kombination von geschlossenen konfessionellen Milieus und Industrierferne schloss wirklich Wahlerfolge für die SPD aus.“ Zimmermann (wie Anm. 12), S. 349.
- 32 Fred Sepaintner: Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden. Ein Beitrag zur Wahlgeschichte im Kaiserreich, Frankfurt 1983, S. 287.
- 33 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens, abgehalten zu Freiburg am 27. und 28. April 1907, Karlsruhe 1907.
- 34 Brandt/Rürup (wie Anm. 26), S. 43.
- 35 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Badens, abgehalten am 7. und 8. März 1908 in Offenburg, Mannheim 1908.
- 36 40 Jahre Arbeitergesangverein Ziegelhausen. Festschrift 1951 (Stadtarchiv Heidelberg, VA Ziegelhausen, Nr. 21/13). Die Wirtschaft „Zum Neckartal“ in der Brahmsstraße 9 gehörte dem späteren sozialdemokratischen Bürgermeister von Ziegelhausen, Robert Bollschweiler. Nach dem 1. Weltkrieg geschlossen. (Hoppe (wie Anm. 2), S. 98).
- 37 Wimmer (wie Anm. 1), S. 27.
- 38 Willi Breunig: Soziale Verhältnisse der Arbeiterschaft und sozialistische Arbeiterbewegung in Ludwigshafen am Rhein 1869 – 1919, Ludwigshafen 1976, Anhang 30. Die wichtigsten Gewerkschaften waren der Fabrikarbeiterverband (BASF) und der DMV. Aber erst 1913 war die Arbeiterbewegung in Ludwigshafen stark genug, um ein eigenes Arbeitersekretariat aufmachen zu können. (Breunig, S. 367.) Wimmer (wie Anm. 1), 29f.
- 39 Wimmer (wie Anm. 1), S. 32 und 530.
- 40 Ebd., S. 36ff.
- 41 Ebd., S. 39.
- 42 Ebd., S. 63, S. 68.
- 43 Tagebucheintragung vom 3. Oktober 1907, zit. nach Wimmer (wie Anm. 1), S. 66.
- 44 Wimmer, S. 75, Handbuch des Vereins Arbeiterpresse 1914.
- 45 Wie es einst war! vgl. Wimmer, S. 79.
- 46 Wie es einst war! Die Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf die internen Auseinandersetzung im DMV und das Auftreten der „Lokalisten“ (Anarchisten) beim Streik im Strebelwerk 1908.
- 47 Wimmer (wie Anm. 1), S. 74 und 79.
- 48 Es gibt bisher keine umfassende Biographie H. Remmeles. [wikipedia.org/wiki/Hermann\\_Remmele](http://wikipedia.org/wiki/Hermann_Remmele), eingesehen am 19.8.2015. Klaus J. Becker: Zwischen Parteispitze und GULag – Hermann Remmele, in Klaus J. Becker/Jens Hildebrandt (Hgg.): Zeit der Extreme. Die kurpfälzische Arbeiterbewegung zwischen KZ und GULag. Ludwigshafen 2014, S. 3ff. Kurzbiographien: H. Weber, A. Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 – 1945, Berlin 2004; NDB Bd. 21 (2003), Autor: H. Weber; K. Lübke, M. Schumacher: M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik, Düsseldorf 1991. W.H. Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen, Düsseldorf 1995. Zur KPD-Ära: Hermann Weber: Kommunistische Bewegung und realsozialistischer Staat, Köln 1988, S. 157ff.
- 49 Arthur Blaustein: Handbuch für die Badische Nationalversammlung, Mannheim 1919, S. 56.
- 50 Er wird jedoch in den Geschäftsberichten der örtlichen Verwaltungsstelle des DMV Mannheim nicht erwähnt, auch war er nicht Delegierter bei den (reichsweiten) „Generalversammlungen“ des DMV. Schließlich ist nicht anzunehmen, dass er während seiner Militärdienstzeit Bevollmächtigter im DMV war.
- 51 Jörg Schadt (Hg.): Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstands der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932, Stuttgart 1977, S. 38ff. Konrad Elsässer: Die badische Sozialdemokratie 1890–1914, Marburg 1978, S.103ff.
- 52 Karl Korn: Die Arbeiterjugendbewegung, Berlin 1922, Bd. 1, S. 75.
- 53 In Offenbach war von einem österreichischen Genossen schon 1903 ein Ableger des Wiener „Jugendbund“ als Bildungsverein für junge Arbeiter gegründet worden (Korn (wie Anm. 52), S. 72).
- 54 Becker (wie Anm. 48), S. 3.
- 55 Korn (wie Anm. 52), S. 92. Konrad Elsässer (wie Anm. 51), S. 107.
- 56 H. Remmele: Zur Zukunft der sozialistischen Jugendbewegung, in Die Neue Zeit, H. 39/1908, S. 465ff.

- 57 Dort sollen auch „Vertreter der aus Russland geflüchteten revolutionären Jugend“ verkehrt haben, unter ihnen Eugen Leviné. Schadt 1977, S. 39.
- 58 Brandt/Rürup (wie Anm. 24), S. 43.
- 59 Protokoll und Bericht der sozialdemokratischen Landesorganisation Badens zu dem Parteitag in Offenburg am 20. und 21. August 1910, Mannheim 1910, S. 93. Die Delegierten aus Rheinau (bei Mannheim) vertraten die Parteioopposition. Dort war einer der Repräsentanten der Parteilinken der Bezirksleiter des Arbeiteradlerbundes Solidarität, der Dreher Friedrich Ripp (auch Mannheimer Delegierter bei der Generalversammlung des DMV 1913).
- 60 a.a.O., S.53. 1909 war der Mannheimer Landtagsabgeordnete Anton Geiß „zu Hofe“ gegangen, was wiederum die Gemüter in der Partei erregte.
- 61 GLA 69N1/1163 (Nachlass Adolf Geck). Brandt/Rürup (wie Anm. 24), S. 53. Adolf Geck hatte schon in der Vergangenheit als Landtagsabgeordneter abweichende Meinungen vertreten. 1905 war er als erster Sozialdemokrat (reichsweit) zum Vizepräsident des Landtags gewählt worden, musste aber 1907 zurücktreten, weil er sich geweigert hatte, ein Beileidstelegramm anlässlich des Todes des Großherzogs zu unterschreiben. Ludwig Frank und Wilhelm Kolb waren demonstrativ zu dessen Beerdigung gegangen.
- 62 GLA 356/4464 Klage gegen Dreher Friedrich Ripp wegen Verstoß gegen das Vereinsrecht (1909).
- 63 Brandt/Rürup (wie Anm. 24), S. 53.
- 64 Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt am Main 1975, S. 35.
- 65 GLA 356/4389. s. auch Walter Mühlhausen (wie Anm. 13), S. 37.
- 66 Protokoll über die Verhandlungen des Gründungsparteitags der USPD vom 6. – 8. April 1917 in Berlin, S. 30 und S. 36f.
- 67 Leipziger Volkszeitung, 16.5.1917; Klaus-Peter Müller: Politik und Gesellschaft im Krieg. Der Legitimitätsverlust des badischen Staates 1914 – 1918, Stuttgart 1988, S. 145.
- 68 Jörg Schadt: Mannheimer Sozialdemokratie 1867 – 1918, in: SPD Kreis Mannheim (Hg.): 100 Jahre SPD in Mannheim, Mannheim 1967, S. 31.
- 69 Berichterstattung über die Verhandlungen der Landeskonferenz der USP in Baden vom 15. und 16. Februar 1919 zu Karlsruhe, Baden o.J. (GLA Nachlass Adolf Geck, Kopie im Stadtarchiv Mannheim).
- 70 Mia Lindemann: Revolutionäre und soziale Bewegungen 1918 – 1920 in Mannheim, in FAU Mannheim (Hg.): Mannheims „andere“ Arbeiterbewegung, Lich 2014, S. 38. Zur badischen Novemberrevolution: Brandt/Rürup (wie Anm. 24). Aus der Sicht Adam Remmeles: Staatsumwälzung und Neuaufbau in Baden, Karlsruhe 1925.
- 71 Wimmer (wie Anm. 1), S. 85.
- 72 Dokumente in: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 3. Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19, bearb. von Peter Brandt und Reinhard Rürup, Düsseldorf 1980, S. 239ff.
- 73 Christian Stock: Erinnerungen an die Revolution in Heidelberg, in Walter Mühlhausen (wie Anm. 13), S. 117ff.
- 74 Quellen (wie Anm. 72), S. 242.
- 75 Einschlägige Literatur zu diesem Thema bei Brandt/Rürup (wie Anm. 72), S. 293, Anm. 3.
- 76 Quellen (wie Anm. 72), S. 17f.
- 77 Ebd., S. 15.
- 78 Ebd., S. 24ff.
- 79 Ebd., S. 431ff.
- 80 Ebd., S. 28ff.
- 81 Brandt/Rürup (wie Anm. 24), S. 121ff.
- 82 Brandt/Rürup (wie Anm. 24), S. 129. Die Enttäuschung drückte sich im Mai 1919 hier aber offenbar überwiegend im Wahlverzicht aus.
- 83 Adam Remmele schrieb, dass die Ermordung von Liebknecht und Luxemburg „der linksextrremen Bewegung mächtigen Antrieb“ gab. „Bei den von diesen in den Städten veranstalteten Demonstrations-Trauerumzügen beteiligten sich auch die mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter in Massen.“ A. Remmele (wie Anm. 70), S. 58f.
- 84 Protokoll der Konferenz der Bevollmächtigten des DMV, Juni 1919 in Stuttgart, S. 83.
- 85 Cramer (wie Anm. 20), S. 136f.

- 86 Hartfrid Krause: Kontinuität und Wandel. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Glashütten im Taunus, 1976, S. 27ff. Danach machten die gelernten Metallarbeiter unter den USP-Mitgliedern in Bremen und Nürnberg rund 25 % aus. Die Datenbasis ist also sehr viel höher als die hiesige.
- 87 Krause (wie Anm. 86), S. 33.
- 88 Berichterstattung über die Verhandlungen der Landeskonferenz der USP Baden (wie Anm. 95). Vgl. zu H. Remmele auch die Darstellung bei Michael Braun: Emil Maier 1876 – 1932, Heidelberg 1997, S.107ff.
- 89 Quellen (wie Anm. 72), S. 386ff.
- 90 Vgl. Lindemann (wie Anm. 70), S. 57.
- 91 Quellen (wie Anm. 72), S. 388.
- 92 Lindemann (wie Anm. 70), S. 56ff.
- 93 Quellen (wie Anm. 72), S. 315.
- 94 Hermann Remmele emigrierte mit seiner Familie in die Sowjetunion und wurde dort in einem der stalinistischen Säuberungsprozesse verurteilt und 1939 erschossen. Auch sein Sohn kam dort um. Seine Frau, seine Tochter und zwei Enkelinnen wurden nach Sibirien deportiert. Sie reisten in den 50er Jahren in die DDR aus. Wladislaw Hedeler, Inge Münz-Koenen (Hgg.): „Ich kam als Gast in Euer Land gereist...“ Berlin 2013.
- 95 Adam Remmele trat 1931 aus der Regierung aus, leitete ein 3/4 Jahr lang die Volksstimme in Mannheim und widmete sich erneut den Konsumgenossenschaften. 1932 wurde er in den Vorstand des Zentralverbands der Konsumvereine in Hamburg gewählt. Die Familie übersiedelte dorthin noch 1932. Die Nationalsozialisten brachten ihn 1933 zusammen mit Ludwig Marum in einer menschenverachtenden „Schaufahrt“ – einem fahrenden Pranger – in das KZ Kislau. Überliefert ist dazu ein nationalsozialistisches Flugblatt mit Noten und Text des Müllerlieds von Schubert: „Das Wandern ist des Müllers Lust“. Er wurde 1934 wieder freigelassen, während Ludwig Marum erhängt wurde. Adam Remmele überlebte die Jahre des Faschismus in Hamburg. Danach wurde er erneut Leiter der Konsumgenossenschaften. Wimmer (wie Anm. 1), S. 332ff. und S. 422. Becker/Hildebrandt (Hgg.) (wie Anm. 48), S. 16.

## Bildnachweis

Abb. S. 81, 88, 90, 91: Becker/Hildebrandt (Hgg.), Zeit der Extreme. Die kurpfälzische Arbeiterbewegung zwischen KZ und GULag. Ludwigshafen 2014.

Abb. S. 84: Stadtarchiv Heidelberg.

Abb. S. 96: Bestand Universitätsbibliothek Heidelberg